

„Well you get on your feet  
and out on the street  
singing power to the people“  
John Lennon 1971



## Frankreich

# Regierung streicht Kündigungsschutz für jugendliche Berufsanfänger Die Antwort: Generalstreik!

Letzten Samstag gingen in Frankreich anderthalb Millionen Menschen gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger auf die Straße. Besonders hoch war der Anteil von SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden unter den Demonstranten. Am Donnerstag davor waren es erst 500.000 Protestierende gewesen. Zum Generalstreik am 28. März werden Millionen erwartet.

Nach dem von der Regierung beschlossenen „Contrat première embauche“ (CPE - auf Deutsch „Ersteinstellungsvertrag“) ist ein junger Berufsanfänger zwei Jahre lang ohne Kündigungsschutz. Der Unternehmer kann ihn während dieser Zeit ohne Angaben von Gründen kündigen. Erst nach den zwei Jahren winkt eine Festeinstellung – oder der Chef sucht sich jemand neues mit „Ersteinstellungsvertrag“.

Gegen das Gesetz laufen Hunderttausende Sturm. Bisheriger Motor der Proteste sind die StudentInnen. Ihre „Nationale Koordination“ besteht aus 450 Delegierten, die auf den Vollversammlungen in 66 Unis gewählt worden sind. Die Koordination beschloss weitere Aktionstage.

Letzten Samstag schalteten sich auch die Gewerkschaften in die Mobilisierungen ein. Am 28. März soll ein Generalstreik stattfinden. Die DemonstrantInnen wollen nicht nur den CPE abschaffen, sondern auch den Premierminister Dominique de Villepin absetzen.



Wie in der Hauptstadt Paris...



... so in der Provinz in Rennes

### Und in der BRD?

Während in Frankreich ArbeiterInnen, Angestellte, StudentInnen und SchülerInnen lautstark protestieren, herrscht in der BRD Schweigen. Was muss eigentlich noch alles passieren, dass sich hier jemand gegen Sozialabbau zur Wehr setzt? Dabei ging es in Frankreich zunächst nur um eine einzige Sache, eben die Aufhebung des Kündigungsschutzes für BerufsanfängerInnen. Dagegen gehen aber wirklich alle auf die Straße, egal ob jung oder alt. In der BRD wäre die erste Reaktion: „Davon bin ich selbst nicht betroffen. Sollen doch die demonstrieren, die vor dem Einstieg in das Berufsleben stehen“. Die herrschende Metalität heißt hierzulande: Nicht alle für einen und einer für alle - sondern jeder für sich! Und so kann die Bundesregierung CDU-CSU-SPD durchsetzen, was sie will: Studiengebühren einführen, die Renten einfrieren oder im öffentlichen Dienst die Arbeitszeiten verlängern. Nehmen wir uns an den Protestierenden in Frankreich ein Beispiel. Jetzt heißt es europaweit aufstehen gegen Sozialabbau! Machen wir endlich mobil. Anlässe bieten sich täglich genug. Da sind der 1. Mai und die für den 3. Juni geplante bundesweite Demonstration gegen Sozialabbau in Berlin noch weit entfernt.

**BHE: Arbeiten bis zum Karochi?**

Der Arbeitsdruck bei der *Babcock Hitachi Europe (BHE)* ist erheblich gestiegen. Nicht wenige von uns schieben „freiwillig“ und unbezahlt Überstunden. Die Einführung der Vertrauensarbeitszeit hat zwar nicht unser Vertrauen in die Geschäftsleitung gesteigert. Dafür vertraut die Geschäftsführung auf unseren freiwilligen unbezahlten Arbeitseinsatz. Sind wir Sklaven, die umsonst schufteten müssen? Den plötzlichen Tod durch Überarbeitung, auf japanisch „Karochi“, sollten wir uns ersparen.

**BIR Leverkusen: Schmitzens Chaosverkauf**

Angeblich hatte das Finanzunternehmen *Tequity*, Tochter des Unternehmensberaters IFAO AG aus Karlsruhe, im September 2005 die *Pipe Tec Gruppe* mit der *Babcock Industrierohrleitungsbau (BIR)* in Leverkusen übernommen. Vorher war die BIR „restrukturiert“ worden, d.h. unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Kränzlin wurden 110 von 430 Arbeitsplätzen vernichtet. Ein Vertreter des neuen Inhabers wurde bisher nicht gesichtet; dafür geht in Kürze der bisherige Geschäftsführer.

Nun tauchte der nächste Interessent der BIR auf: Die zum *Bilfinger Berger Konzern* gehörende Firma *Rheinhold & Mahla*. Ultimativ forderte sie von Monteuren, Angestellten und Betriebsrat: #Haustarifvertrag statt Metall-Flächentarifvertrag, # Einführung der 40 Stunden-Woche, # erfolgsabhängige Sondervergütung statt Weihnachts- und Urlaubsgeld, # Umwandlung von festen Lohnbestandteilen in Gewinnbeteiligung abhängig vom Umsatz und abhängig vom Baustellenergebnis, # Wegfall der Auslöse auf Dauerbaustellen, ... mit anderen Worten: Die BIR ist ein gutes Beispiel dafür, wie Insolvenzverwalter Dr. Schmitz „Arbeitsplätze sichert“.

**Hochtief Facility Management: Wie sich die Bilder gleichen**

In den letzten Jahren stieg der Hochtief-Konzern in die Gebäudeinstandhaltung und -wartung ein. Das Marktvolumen liegt in der BRD bei 5 Mrd. Euro. Zum neuen Standbein mit insgesamt 4500 Arbeitern und Angestellten gehört auch die ehemalige *Lufthansa Gebäudemanagement* Oberhausen bzw. das, was von ihr übriggeblieben ist. Die Umstrukturierung bringt für die KollegInnen drastische Verschlechterungen mit sich:

# Abschluss eines Haustarifvertrages mit der IG BAU und Ausstieg aus dem IG Metall-Flächentarifvertrag, # Umwandlung bisheriger Lohnbestandteile in „erfolgsabhängige Zahlung“, # Arbeitszeitverlängerung auf 170 Std./Monat, # Weiterqualifizierungskurse gehen hälftig vom Urlaub ab, # Abgruppierung über die Einführung von 9 Entgeltgruppen ab dem Ecklohn anstelle der bisherigen Lohngruppen 7 bis 10, usw. Ist erst unser Lohn- und Lebensstandard drastisch abgebaut, dann geht es an die Arbeitsplätze. Durch die Schaffung von sieben Regionalbetrieben werden viele der bisherigen Standorte wegfallen.

**Verkauftes Gelände**

Noch immer wissen wir nicht, an wen das Babcock-Gelände verkauft worden ist. Dabei dürfen alle, die ein berechtigtes Interesse vorweisen können, Einsicht beim Grundbuchamt nehmen. Als berechtigt gelten z.B. die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen. Sie könnten den Käufer in Erfahrung bringen. Warum tun sie es nicht?

**Kommentar****Fordern wir, was der Kraftwerksmarkt hergibt!**

Was haben *Hochtief* und *Rheinhold & Mahla* miteinander zu tun? Nicht viel. Doch fast wörtlich stellen sie die gleichen Forderungen auf: Haustarif- statt Flächentarifvertrag, Verlängerung der Normalarbeitszeit auf 40 Wochenstunden, damit Senkung von Lohn und Gehalt. Einen ähnlichen Tonfall schlägt die Geschäftsführung der Fertigung an.

Im Gleichschritt marsch gehen die Konzerne bundes- und europaweit gegen unsere erkämpften Löhne und Arbeitszeiten vor. In ihren maßlosen Forderungen kennen die Kapitaleigner keine Grenzen. Was sie unter sozialer Verantwortung verstehen, zeigen sie mit dem Auszug ganzer Standorte oder der Ansiedlung in Steueroasen.

Dabei steht zumindest der Kraftwerksbau vor einem langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Es herrscht bereits Mangel an Arbeitskräften! Das Geschäft belebt die Konkurrenz. Die besten Belege finden sich dafür an der Duisburger Straße 375. Dort wirbt erst der Service der Hitachi das Personal mit besseren Gehaltsangeboten ab und jetzt die Hitachi dem Service.

Wenn der Kraftwerksmarkt boomt, dann können wir unsere Arbeitskraft teurer verkaufen. Dann ist jeder Lohnverzicht, jede Arbeitszeitverlängerung und jedes unbezahlte Überstundenkloppen doppelt widersinnig - widersinnig für den Einzelnen, widersinnig aus gewerkschaftlicher Sicht. Machen wir es wie die Unternehmer: Fordern wir, was der Markt hergibt!

Der Kraftwerksboom zeigt: Die bundesweit einheitlichen Forderungen der Unternehmerverbände nach Haustarifverträgen, Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung haben mit der Lage der einzelnen Unternehmen nichts zu tun. Es sind *politische* Forderungen, die die Kapitaleigner aufstellen. Sie wollen den sozialen Standard der Lohnabhängigen auf das Niveau der Zeit des Frühkapitalismus drücken. Deshalb müssen wir ihnen und ihrer Regierung eine *politische* Antwort geben. In Frankreich gehen Hunderttausende GewerkschafterInnen, StudentInnen, SchülerInnen und Eltern gegen die Verschlechterung des Kündigungsschutzes bei Berufsanfängern auf die Straße. Auch in der BRD müssen wir für unsere Interessen außerparlamentarisch aktiv werden.

**Solidarität mit den Streikenden im Öffentlichen Dienst!**

Seit Jahren zum ersten Mal in fast allen Bundesländern stimmten die KollegInnen für einen unbefristeten Streik! Das ist die richtige Antwort auf die ständigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Egal ob Landes- oder Kommunalangestellte, alle KollegInnen im Öffentlichen Dienst bekommen die großen Sparrunden der Regierungen zu spüren. Viele Stellen bleiben unbesetzt, d.h. Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit für die übriggebliebenen Beschäftigten. Und immer mehr Stellen werden als befristete Teilzeitstellen ausgeschrieben oder gleich an Privatfirmen mit deutlich schlechteren Bedingungen ausgelagert.

Die Lohnerhöhungen der letzten Tarifrunden waren in der Regel unter der Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten: jetzt wurden auch noch Teile des neuen Tarifvertrages öffentlicher Dienst durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder gekündigt. Die Arbeitgeber wollen die Neueingestellten zu einem Vertrag mit bis zu 42 Wochenstunden zwingen - natürlich ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld! Ein so radikaler Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen darf nicht erfolgreich sein!